

Von: Dialog-Team der Wiener Grünen [<mailto:dialogbuero.wien@gruene.at>]
Gesendet: Mittwoch, 20. September 2006 12:08
An: grundeinkommen
Betreff: [Fwd: [Fwd: Anfrage Grundeinkommen]]

Sehr geehrte Damen und Herren,

Maria Vassilakou bedankt sich für Ihre Fragen und hat mich gebeten Ihnen zu antworten.

Die Grünen haben als erste, im Parlament vertretene politische Partei erkannt, dass das österreichische Sozialsystem einer grundlegenden Reform bedarf und der Sozialstaat - entgegen der herrschenden neoliberalen Ideologie - ausgebaut werden muss.

Den in Ihrer Anfrage getätigten Ausführungen zur derzeitigen sozialen Situation in Österreich können wir nur zustimmen. Während die Anzahl der MillionärInnen in Österreich in den letzten Jahren im internationalen Vergleich überproportional gestiegen ist leben immer mehr Menschen (teilweise trotz Erwerbstätigkeit) unter der Armutsgrenze. Die reichsten 10 Prozent der österreichischen Bevölkerung besitzen zwei Drittel des gesamten Vermögens in Österreich.

Die Grünen haben daher die Bekämpfung der Armut als Hauptthema ("Raus aus der Armut") in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Kernstück ist das Modell einer "bedarfsorientierten Grundsicherung". Wir haben intern sehr intensiv über die verschiedenen Formen von Grundeinkommens- und Grundsicherungsmodellen diskutiert und selbstverständlich auch die internationalen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu diesem Thema in unseren Diskussionsprozess einfließen lassen. Gerade die Arbeiten der katholischen Sozialakademie sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger und sehr kompetenter Beitrag in der Diskussion.

Unser Modell der bedarfsorientierten Grundsicherung bedeutet grob gesprochen die Zusicherung durch den Staat, dass niemand mit weniger als 800 Euro Einkommen das Auslangen finden muss. In einem ersten Schritt sollen Arbeitslosenunterstützung, Nostandhilfe und Sozialhilfe auf diesen Mindestsatz angehoben werden. Das PartnerInneneinkommen soll selbstverständlich nicht berücksichtigt werden, wodurch unter den gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem Frauen enorm profitieren würden.

In der Folge soll das System auch auf Kinder und Jugendliche, PensionistInnen und all jene ausgeweitet werden, die in der ersten Phase noch nicht mitberücksichtigt wurden.

Die strenge und unsinnige Zuverdienstgrenze (Geringfügigkeitsgrenze) soll aufgehoben werden und stattdessen eine Einschleifregelung mit Zuverdienstmöglichkeiten eingeführt werden.

Unser Grundsicherungsmodell ist natürlich durch eine Reihe wichtiger Maßnahmen flankiert:

- Ein gesetzlicher Mindestlohn von 7 Euro
- Die Schaffung einer unabhängigen Arbeitslosenarbeitschaft
- Die Schaffung beruflicher Auszeiten (mit gesetzlich fixiertem Rückkehrrecht) zum Zweck der Ausbildung und Qualifikation (insgesamt fünf Jahre) bzw. zur völlig freien Gestaltung (zwei Jahre), in denen Grundsicherung konsumiert werden kann

- "Aktion 10.000": zumindest 10.000 neue, qualitätvolle Jobs,
größtenteils im gemeinnützigen Bereich

Zur Finanzierung des Grundsicherungsmodells: Die Kosten würden sich in
der ersten Phase auf ca. 500 Millionen Euro jährlich belaufen. Allein
die Einführung der Gruppenbesteuerung, von der nur Großkonzerne
profitieren, kostet den Staat circa 350 Millionen Euro jährlich.

Ein weiterer Vorteil des Grünen Grundsicherungsmodells gegenüber anderen
Modellen mit ähnlicher Zielrichtung ist die schnelle Umsetzbarkeit.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dialogteam der Wiener Grünen

--
Dialogbuero der Wiener Grünen
E-Mail: dialogbuero.wien@gruene.at
Homepage: wien.gruene.at